

Was uns aktuell bewegt

VELKD-Informationen

#98 vom 12.12.2001

Bischöfe zu Fragen der Zeit - Die Kirche macht keine Politik

Warum die VELKD nicht zum Bombenstopp in Afghanistan aufgerufen hat

Hans Christian Knuth

"Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein." Diesen Epoche machenden Satz des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in einem dramatischen Prozess "errungen", halten Kirchen aller Konfessionen und in allen Nationen fest. Dahinter wollen wir nicht zurück. Nein, Krieg ist nicht Gottes Wille und darf als solcher nicht dargestellt werden. Und einen "heiligen Krieg" gibt es nicht. Allenfalls gibt es verschieden gradige Abschattungen der Schuld, die unsere ganze menschliche Existenz durchzieht.

Manche sind enttäuscht, dass die VELKD trotzdem nicht wie manche andere kirchliche Stellungnahmen einen Bombenstopp in Afghanistan gefordert hat. Ich verstehe das. Natürlich ist unser Ort an der Seite der Opfer, im Gebet, in der Spendentätigkeit und in der politischen Wachsamkeit. Und an der Seite der Verantwortlichen, die in diesen Zeiten an ihrem politischen Mandat besonders schwer zu tragen haben.

Zu politischer Einflussnahme im Sinne der Forderung eines Bombenstops konnten die Generalsynode der VELKD, die Kirchenleitung und die Bischofskonferenz sich nicht finden. Es ist mir wichtig zu erklären, warum ich das für richtig halte.

In einer recht verstandenen Zwei-Reiche-Lehre ist jeder Christ gehalten, in seinem Bereich so zu handeln, wie er es angesichts von Schrift und Bekenntnis vor Gott und seinem Gewissen verantworten zu können glaubt. Die Rollenverteilung in der Gesellschaft kann jedoch nicht so gehen, dass die einen die Probleme zu lösen haben und die anderen die Moral für sich reklamieren. Im Gegenteil: Im lutherischen Verständnis einer Berufsethik, die jedem seine Gott gegebene Aufgabe im Reich der Welt zuweist, ist mündigen und verantwortungsvollen Fachleuten auch in der Politik zugetraut, dass sie vor Gott und ihrem Gewissen verantworten, was sie tun. Es ist eben nicht ein Gegensatz von Kirche und Welt gedacht, in dem Gott in der Kirche herrscht und außerhalb nicht. Sondern Gott herrscht durch beide "Regimente", das geistliche und das weltliche.

Das darf natürlich nicht zu einer unkritischen Haltung z.B. gegenüber den Regierenden in der augenblicklichen Situation oder gegenüber den Wissenschaftlern in der Gentechnik oder wo auch immer führen. Aber zunächst ist davon auszugehen, dass in ihrem Bereich gut informierte Menschen verantwortungsvolle Entscheidungen fällen. Als Privatperson kann ich natürlich jederzeit meine christlich motivierte Kritik und Anregung einbringen. Und als Kirche(n) haben wir immer Anwalt der Schwachen zu sein. Direkt in die Politik einzugreifen ist allerdings nach diesem Verständnis nur legitim, wenn der "status confessionis" berührt ist, wenn es also direkt um das Eintreten für das Bekenntnis geht, wenn der Kern des Christlichen betroffen ist.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich erkläre den Krieg in Afghanistan gegen die Taliban nicht zur Randfrage. Aber verschiedene Antworten auf die Frage nach der Terrorismusbekämpfung und nach den legitimen Mitteln berühren nicht die Bekenntnisfrage. Der Krieg darf nie an sich als gerecht gedacht werden. Niemand darf von Kreuzzug sprechen und damit an eines der schwärzesten Kapitel der Geschichte des Christentums anknüpfen, niemand darf für sich in Anspruch nehmen, im Auftrag Gottes an anderen das jüngste Gericht zu vollziehen. Nur zur Verteidigung darf Krieg geführt werden, und das einzig legitime Ziel ist die Herstellung von Frieden. Solange Bekenntnisfragen aber nicht berührt sind, müssen wir aushalten, dass es im strategischen Ermessen der Fachleute unterschiedliche Einschätzungen gibt, wie dieses Ziel am schnellsten zu erreichen ist und mit welchen Mitteln.

Ein Blick zurück: In der Debatte um die so genannte Nachrüstung am Beginn der achtziger Jahre hat die Frage, ob der Status confessionis erreicht sei, ebenfalls auf der Tagesordnung der VELKD mit ihrem Leitenden Bischof Karlheinz Stoll gestanden. Auch damals wurde sie verneint. Das war z.B. beim Reformierten Moderamen anders. Es hat den Status confessionis proklamiert. Der theologische Grund ist, dass für die Reformierten (ganz ähnlich übrigens wie für die römisch-katholische Kirche) Ordnungsfragen und damit auch sozialetische Fragen das Kirchesein der Kirche ausmachen. In lutherischer Tradition ist die Verkündigung des Evangeliums und die Darreichung der Sakramente der Grund der Kirche. Und nur wenn der berührt ist, ist der Status confessionis erreicht. Das trägt uns Lutheranern zu Unrecht den Vorwurf der sozialetischen Unempfindlichkeit ein. Es trägt uns aber die Freiheit ein, z.B. von der Gestalt der Ämter oder der Handhabung sozialetischer Fragestellungen, die sich je nach Zeitalter und politischer Großwetterlage ändern können, unabhängig zu sein. Ich bin sicher, dass diese Freiheit auf's Ganze gesehen gegenüber der Politik unabhängiger und damit letztlich kritikfähiger macht als die Erklärung tagespolitischer Problemstellungen zu Bekenntnisfragen.

Alles direkte Eingreifen in die Politik halte ich deswegen für eine unangemessene Klerikalisierung der Politik. Die Kirche schafft Bedingungen, unter denen Politik möglich ist, aber sie macht selbst keine Politik. Sie bindet die Gewissen an das Evangelium und verkündigt auch schwer an ihrer Last tragenden Verantwortungsträgern die Rechtfertigung aus Glauben allein. Damit sorgt sie für den Rahmen, der politisches Handeln ermöglicht. Aber sie lässt (unterhalb des Status confessionis) den Politikern ihren Verantwortungsbereich, ohne für sich Unfehlbarkeit zu beanspruchen. Das Nein zum Status confessionis ist dabei aber kein Ja zum Bombardement!

Nicht nur einer Klerikalisierung der Politik ist zu wehren, sondern auch einer Politisierung der Kirche. Als der frühere US-amerikanische Präsident Ronald Reagan im Kalten Krieg vom "Kampf des Guten gegen das Böse" sprach, der in der Auseinandersetzung zwischen Nato und Ostblock stattfindet, als er von "Armageddon" redete und der Notwendigkeit, den Ostblock als das Reich des Bösen zu zermalmen im Namen Gottes als Vorwegnahme des jüngsten Gerichts, ist von politischer Seite unangemessen in den Bereich der Kirche eingegriffen worden. Gegen diese Politisierung der Kirche und des Evangeliums haben wir energisch protestiert, und ich meine, zurecht.

So ermutigt die VELKD jede und jeden, in ihrem Bereich zu tun, was in ihren Kräften steht im Gebet und in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung an der Stelle, an der sie stehen, in ihrem Beruf, in Familie und Freundeskreis, in ihren Ehrenämtern und auch in der Politik. Im Gebet um Frieden wissen wir uns mit der ganzen Christenheit verbunden. Aber lassen sie uns unabhängig von eigener politischer Meinung im Blick auf kirchliche Stellungnahmen unterscheiden zwischen dem Status confessionis und allen Fragen, die "darunter" liegen.

Der Autor ist Bischof des Sprengels Schleswig der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche sowie Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) und Vorsitzender des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB).

http://velkd.ekd.de/druckversion.php?pfad=/informationen_archiv.php&aid=186

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in Deutschland (VELKD) ist ein Zusammenschluss der acht deutschen lutherischen Landeskirchen, die zugleich Mitglied der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sind:

Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers,
Evangelisch-lutherische Landeskirche Mecklenburgs,
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schaumburg-Lippe,
Evangelische Kirche in Mitteldeutschland,
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens,
Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern
Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Braunschweig.

Ihre Leitungsgremien sind Generalsynode, Bischofskonferenz und Kirchenleitung.

In der Bischofskonferenz sind alle Bischöfinnen und Bischöfe der einzelnen Landeskirchen vertreten. An der obigen Erklärung waren u. a. beteiligt: Bischöfin Maria Jepsen und Bischöfin Margot Käßmann. Öffentliche Distanzierungen von ihr sind mir nicht bekannt.

Christian Arndt

Stellungnahmen aus der Nordelbischen Kirchenleitung

10.10.2001: Afghanistan

Jepsen: Friedensdiplomatie neben Militärschlägen nötig

Hamburg (epd). Bischöfin Maria Jepsen hat anlässlich der militärischen Aktionen gegen Afghanistan dazu aufgerufen, weiterhin "maßvoll und besonnen" zu handeln. Der christliche Glaube ermutige zum Frieden, erklärte sie jetzt in Hamburg. Neben militärischen Einsätzen sollte daher alles versucht werden, um auch auf politischer und diplomatischer Ebene zu einer Verständigung zu kommen. Die Kirchen würden diese friedlichen Bemühungen um einen Frieden mit Gebeten und Gottesdiensten begleiten.

Auf den von Osama bin Laden geschürten Hass auf Juden und Christen dürfe man nicht mit Hass antworten, so die Bischöfin weiter. Christen müssten im Gegenteil an allen Orten daran mitwirken, Hass zu überwinden und Frieden zu stiften.

<http://www.nordelbien.de/aktuell/aktuell.news/newsne.1/aktuell.search/one.news/index.html?entry=page.newsne.200110.1455&news=Afghanistan>

02.12.2001: Afghanistan

Bischof Knuth für deutsche Militäreinsätze gegen Terrorismus

Hamburg (epd). Der Schleswiger Bischof Hans Christian Knuth hat sich ausdrücklich für deutsche Militäreinsätze im Blick auf Afghanistan ausgesprochen. "Ich bin dafür, dass unsere Soldaten gegen den Terrorismus kämpfen", sagte er dem "Hamburger Abendblatt" in einem Interview zum 1. Advent (Sonnabendausgabe). Es mache sich eine Gewalt breit, die "nicht ohne Gegengewalt einzudämmen" sei. Und es gebe "eine Verantwortung der Politik, dagegen etwas zu tun".

Knuth erinnerte an die Anfänge der Hitler-Diktatur, an die Kuba-Krise und den Kosovo-Konflikt. Zwar gelte die Bergpredigt (Matthäus-Evangelium, Kapitel 5, Jesus-Worte, zum Beispiel: 'Selig sind die Friedfertigen...'). Doch sie gelte vor allem für den Einzelnen, nicht für den Bereich des Öffentlichen: "Mit der Bergpredigt kann man nicht Politik machen", so der Bischof. Sie sei "keine politische Maxime".

Das Gemeinsame von Pazifisten und denen, die den Frieden mit Waffen schaffen wollten, sei, "dass beide den Frieden schaffen wollen", fügte Knuth hinzu. Im "strengen Sinn" sei er daher "kein Pazifist": "Ich könnte es nicht verantworten, dass man das Land dem Terrorismus überlässt."

Knuth, seit 1991 Bischof in Schleswig, ist seit 1999 auch Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD).

<http://www.nordelbien.de/aktuell/aktuell.news/newsne.1/aktuell.search/one.news/index.html?entry=page.newsne.200112.1576&news=Afghanistan>

22.03.07, epd

Bischof Knuth: Gebete für deutsche Tornado-Soldaten

Kiel (epd). Die Nordelbische Kirchenleitung hat die Gemeinden aufgerufen, in den Gottesdiensten am Sonntag (25. März) für die deutschen Soldaten im Tornado-Einsatz zu beten.

Christen sollten "für die Flüchtlinge und um das verantwortliche Handeln der Politikerinnen und Politiker bitten", heißt es in einem Brief von Bischof Hans Christian Knuth an die Gemeinden, teilte die kirchliche Pressestelle am Donnerstag mit. Zugleich wirbt er dafür, den Familien der Auslandssoldaten zur Seite zu stehen. Anlass ist der Beginn des Tornado-Einsatzes in Afghanistan durch das Aufklärungsgeschwader 51 in Jagel (bei Flensburg) am Wochenende.

Bereits im Vorwege des Einsatzes hatte Knuth deutlich gemacht, dass militärisches Engagement nicht vom Ziel eines zivilen Aufbaus getrennt werden könne. Auch gehöre der Einsatz in Afghanistan und die Sorge für afghanische Flüchtlinge zusammen. Die friedenspolitischen Möglichkeiten durch gezielte Ausbildung und Förderung der hier lebenden Flüchtlinge seien noch nicht ausgeschöpft. Knuth appellierte noch einmal an die Innenminister und Innensenatoren, afghanische Flüchtlinge nicht abzuschieben.

Tornados: Beihilfe für Bombardierungen

Am 9.3.2007 beschloss der Bundestag, bis zu 500 weitere Bundeswehrsoldaten und 6 Recce-Aufklärungstornados zusätzlich nach Afghanistan zu entsenden. Das Ziel der Tornadoeinsätze ist die Erstellung eines "umfassenden Lagebildes". In einer Kleinen Anfrage der Fraktion "Die Linke" erklärte die Bundesregierung, es gehe um "Kenntnis von Aktivitäten, Bewegungsmustern und Aufenthaltsräumen von Kräften, die gegen den Auftrag der ISAF arbeiten". Diese Erkenntnisse werden an die ISAF Zentrale weitergeleitet.

Hiermit leistet Deutschland einen relevanten Kriegsbeitrag, denn die Aufklärungsdaten können auch für Bombardierungen verwendet werden, wie Walter Jertz, General a.D und bis vor kurzem Chef des Luftwaffenführungskommandos, bestätigt: "Es muss der Bevölkerung deutlich gemacht werden, dass zwar die Aufklärungstornados nicht unmittelbar in Kampfhandlungen verwickelt werden, aber das Liefern von Fotos der Aufklärungstornados kann im Süden von Afghanistan dazu führen, dass Kampfhandlungen durchgeführt werden. Und das kann auch bedeuteten, dass Zivilisten zu Schaden kommen und dieses wollen wir natürlich letztlich auch offen aussprechen, dieses müssen wir auch offen aussprechen." Auch der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und spätere Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Harald Kujat, äußerte sich entsprechend zur Debatte um den Begriff "Kampfeinsatz" für die NATO-Mission: Aufklärung aus der Luft sei Grundlage für konkrete Einsatzentscheidungen "und damit auch im Zusammenhang mit Kampfhandlungen zu sehen". Obwohl das Bundestags-Mandat zum Tornado-Einsatz versichert, eine Überleitung von Daten an OEF dürfe nur "sehr restriktiv" erfolgen, machte Verteidigungsminister Franz-Josef Jung klar, dass eine Weitergabe selbstverständlich dennoch - zur Terrorbekämpfung wohlgemerkt - stattfindet. Auf die Frage, ob er ausschließen könne, "dass die Informationen, die die Aufklärungsflüge der Tornados

bringen, auch zur Vorbereitung von Kampfeinsätzen im Rahmen der 'Operation Enduring Freedom' herangezogen werden?" antwortete er: "Ich kann das nicht ausschließen, und ich will es auch nicht ausschließen. Eines muss klar sein: Auch die Terrorismusbekämpfung ist ein zentraler Aspekt." Hiermit stellt sich Deutschland - sieht man von zahlreichen verdeckten Unterstützungsleistungen ab - offen an die Seite der USA und ihres Kreuzzugs gegen den Terrorismus, ein Schritt, der in seiner Tragweite schwer überschätzt werden kann: "Das ist ein Dauerprojekt, da wird man Bestandteil des militärischen Kampfes gegen die Terroristen wie Taliban und al-Qaida", so der Chef des Bundeswehrverbandes Bernhard Gertz.

Von den bisher circa 250 Tornadoflügen fanden über 50% im Süden und Osten statt. Wiederholt erfolgten dabei Angriffe, bei denen auch Zivilisten ums Leben kamen, im zeitlichen Zusammenhang mit Tornado-Überwachungsflügen (so kam es z.B. im Mai Dutzende von Toten im Dorf Sarwan Kala, Distrikt Sangin - davor hatten zwei Tornadoflüge stattgefunden). Aller Voraussicht wird der Tornado Einsatz bei der Abstimmung am 12. Oktober in das ISAF-Mandat integriert und so zu einem Dauerprojekt werden.

Claudia Haydt (AUSDRUCK)Christoph Marischka, Jürgen Wagner

<http://www.linksnet.de/artikel.php?id=3292>

(09.10.2007) © 2007. Alle Rechte liegen bei den AutorInnen bzw. bei den Publikationen/Verlagen